

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die restlose Aufklärung des Herzklappen-Skandals fordert Klaus Kirschner MdB.

Seite 1

Die CSU hat die Bauern im Stich gelassen, stellt Gustav Starzmann MdL fest.

Seite 2

Ruanda vor dem totalen Niedergang zu bewahren, verlangt Dr. Klaus Kübler MdB.

Seite 2

Dokumentation

Ein Zehn-Punkte-Programm für mehr Arbeit hat Rudolf Scharping der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD in Bonn unterbreitet.

Seite 3

49. Jahrgang / 104

3. Juni 1994

Es muß restlos aufgeklärt werden
Der Herzklappen-Skandal geht auch den
Bundesgesundheitsminister an

Von **Klaus Kirschner MdB**
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Krankenkassen haben zwölf Fälle vorgelegt, die den Verdacht nahelegen, daß es unerlaubte Preisabsprachen bei Herzklappen gab und daß diese Medizinprodukte zu einem übersteuerten Preis zu Lasten der Kassen abgerechnet wurden.

Ärzteschaft, Krankenhäuser, Hersteller von Medizinprodukten haben diesen Verdacht weit von sich gewiesen.

Im Interesse der Krankenkassen, als Sachwalter ihrer Versicherten, liegt es, daß sie ihre Beweise den Staatsanwaltschaften vorlegen, damit Licht in das Dunkel der Vorwürfe kommt. Sonst könnten sich die Vorwürfe leicht gegen die Krankenkassen selbst wenden. Die Staatsanwaltschaften müssen nun, so sie nicht bereits tätig sind, prüfen, was an den ungeheuren Vorwürfen dran ist.

Auch der Bundesgesundheitsminister ist gefordert. An ihn ist der Verdacht von Schmiergeldern schon vor mehr als einem Jahr herangetragen worden. Was hat Bundesminister Seehofer zur Aufklärung unternommen? Es genügt nicht, den Auftrag nur an die Kassen zu geben.

Unabhängig davon wird die SPD die Koalition auf die politische Nagelprobe stellen: Wir fordern mehr Transparenz bei den Kosten und Preisen auch bei Medizinprodukten. Nur so ist zu verhindern, daß es zu überhöhten Preisen und unlauteren Preisabsprachen kommt. Damit schon gar nicht der Verdacht unlauterer Preisabsprachen aufkommen kann, dürfen Chefarzte nicht darüber letztlich bestimmen, welches Produkt von welchem Hersteller bei gleicher Qualität und Funktion zum Zuge kommt - wobei ihr fachlicher Rat allerdings gefragt ist.

(-/3. Juni 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang
mit - allen Ressourcen
Recycling Papier



Die CSU hat die Bauern im Stich gelassen
Mit Ökologie und hoher Qualität gibt es Zukunftschancen

Von Gustav Starzmann MdL
Agrarpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Reform der europäischen Agrarpolitik ist vom Grundsatz her die richtige Richtung für die bayerischen Bauern. Trotzdem ist auf europäischer Ebene noch nicht entschieden, ob die Agrarpolitik eine Wachstumslandwirtschaft mit Flächenstilllegungen anstrebt oder die Weichen in eine ökologische Ausrichtung gestellt werden. Die CSU bleibt bei ihrer Hü- und Mott-Politik. Neben Umweltförderung wird auf Intensivierung, Massenerzeugung und Exportschlachtvieh gesetzt. Die SPD sieht für die bayerische Landwirtschaft eine Zukunftschance, wenn konsequent auf Ökologie, Umweltschutz und hohe Qualität gesetzt wird.

Wir fordern deshalb:

- o Die Europäische Union muß der umweltverträglichen Landwirtschaft den Vorrang geben.
- o Wir wollen eine europaweite Abgabe auf Stickstoffdünger und strenge Richtlinien bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.
- o Flächenstilllegungen sind der falsche Weg. Stattdessen wollen wir eine extensive Bewirtschaftung auf allen landwirtschaftlichen Flächen.
- o Gentechnisch erzeugte Lebensmittel sowie Lebensmittel mit gentechnisch erzeugten Bestandteilen müssen für den Verbraucher erkennbar gekennzeichnet werden.
- o Bis zur Vollendung der Währungsunion ist die Landwirtschaft vor währungsbedingten Preis- und Einkommensverlusten durch Ausgleichsmaßnahmen zu schützen.
- o Die Verbesserung des Tierschutzes muß endlich Wirklichkeit werden, ebenso wie eine Begrenzung der Tiertransporte auf vier Stunden Dauer.

Die CSU hatte die Möglichkeit zur Mitgestaltung im Bund und in Europa. Sie hat diese Chance für die bayerischen Bauern bisher nicht genutzt. Sie hat den Bauern Hoffnungen gemacht, aber entsprechende Anträge der SPD im Landtag nicht angenommen. Nach allen Entscheidungen in Brüssel ersetzt sie ihre Versprechungen durch hilfloses Schulterzucken. Die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern ist bisher jedenfalls von CSU und Staatsregierung im Stich gelassen worden.

(-/3. Juni 1994/rs/ks)

Ruanda vor dem totalen Niedergang bewahren
Ein Gespräch mit dem Oppositionspolitiker Jacques Bihozagara

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Im Anschluß an ein Gespräch mit dem ruandischen Spitzenpolitiker Jacques Bihozagara der ruandischen Opposition FPR (Ruandische Patriotische Front) in Bonn meine ich, daß man der Haltung der FPR, die vor einer militärischen Intervention von UN-Truppen warnt, Verständnis entgegenbringen kann. Wie bekannt, hätte die UN die Entsendung von 5.500 Mann beschlossen, allerdings nur für humanitäre Aufgaben, also den Schutz der Bevölkerung und der Versorgung der Bevölkerung. Die UN-Truppen sollten im übrigen eine neutrale Haltung einnehmen.

Die Haltung der FPR ist zu teilen, wenn die UN-Truppen eine militärische Intervention vornehmen. Dies ist aber nicht der Fall. Deshalb fordere ich die FPR auf, einen humanitären Einsatz von UN-Truppen positiv zu akzeptieren. Dabei muß man Verständnis haben für die Kritik der

FPR an der Entscheidung der UN, beim Ausbruch der Massaker ihre in Ruanda stationierten 3.000 Soldaten bis auf einige hundert Mann abzuziehen. Diese Entscheidung war falsch.

Auch der Vorwurf der FPR an UNO-Generalsekretär Butros Ghali, daß sein Sonderbevollmächtigter für Ruanda sich nicht neutral verhalten habe, ist verständlich. Ich begrüße auch die Aussage Bihozagaras, daß die FPR an sich grundsätzlich nichts gegen humanitäre UN-Aktionen habe. Ich sehe hierin die Chance, zu einer Verständigung mit der FPR über eine UN-Partizipation zu kommen.

Notwendig ist, rasch zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen FPR und amtierender Regierung zu kommen, um den Massakern ein Ende zu bereiten und das Land vor einem totalen Niedergang zu bewahren. Dies sind keine politischen Verhandlungen über die Zukunft des Landes.

Bihozagara erklärte, daß sich die FPR kurzfristig in der Lage sehe, eine handlungsfähige Übergangsregierung mit Vertretern verschiedener politischer Gruppierungen mit Ausnahme der beiden für die Massaker voll verantwortlichen Regierungsparteien CDR und MRND zu bilden. Diese Haltung ist konsequent.

Auf die Frage nach der Aufnahme von politischen Flüchtlingen aus Ruanda in der Bundesrepublik Deutschland warnte Bihozagara vor der Aufnahme von an den Massakern und dem Völkermord Verantwortlichen und nannte in diesem Zusammenhang den ehemaligen ruandischen Botschafter in Deutschland, Mathias Ndirumpatse.

Die Bundesregierung sollte die Forderung nach einem internationalen Gerichtshof zur Verurteilung der für die Massaker Verantwortlichen unterstützen. Die Genfer Menschenrechts-Kommission sollte die Entscheidung eines Sonderberichterstatters prüfen.

Von besonderer Bedeutung für eine Befriedung Ruandas ist, daß die viel zu lange anhaltende Unterstützung Frankreichs für Vertreter des bisherigen Regimes, die sich der Demokratisierung des Landes unter Inkaufnahme der Zerstörung des Landes gewaltsam entgegengestellt haben, aufhört. Die EU und insbesondere Deutschland, auch aus seiner historischen Verbindung zu Ruanda, sollten sich für die ungewöhnliche große Wiederaufbauarbeit bereithalten und dazu wirksam beitragen, daß der in Arusha beschlossene Demokratisierungsprozeß fortgeführt wird.

(-/3. Juni 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Rudolf Scharping: Zehn-Punkte-Programm für mehr Arbeit

Der Betriebs- und Personalräte-Konferenz der SPD am 3. Juni im Bonner Wasserwerk, an der rund 600 Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter aus allen Bundesländern teilnahmen, unterbreitete der SPD-Parteivorsitzende, Rudolf Scharping, ein Arbeitsprogramm. Wir dokumentieren seine Ausführungen.

Trotz der leichten konjunkturellen Belebung muß in vielen Branchen mit weiterem Beschäftigungsabbau gerechnet werden, und das bei einem Sockel von sechs Millionen Arbeitssuchenden. Wir müssen endlich gegensteuern, das Fundament für eine moderne, sozial gerechte Gesellschaft neu mauern, das in den letzten zwölf Jahren Schaden nahm. Menschen, die arbeiten wollen, müssen auch die Chance haben, arbeiten zu können.

Dazu bedarf es eines ganzen Bündels von Maßnahmen. Nur wenn sie ineinandergreifen, können wir die Massenarbeitslosigkeit zurückdrängen und die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Einzelmaßnahmen helfen nicht weiter.

Wir brauchen zum einen Maßnahmen, die unmittelbar auf den Arbeitsmarkt wirken:

1. Notwendig ist eine aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Wir wollen uns nicht wie die Kohl-Regierung darauf beschränken, Arbeitslosigkeit zu verwalten, sondern wir wollen da, wo die Menschen leben - in den Regionen - ihnen Brücken bauen zu wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen.

2. Vor allem in den neuen Ländern wird eine SPD-geführte Regierung an bewährten Instrumenten wie Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften festhalten. Sozial und ökologisch notwendige Maßnahmen werden wir fördern, den Arbeitslosen die Möglichkeit geben, sich bei vernünftiger Bezahlung weiterzuqualifizieren. Für die SPD wird es selbstverständlich sein, daß bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Frauen gleichgestellt werden.

3. Langzeitarbeitslose bedürfen unserer besonderen Hilfe. In einem gezielten Programm sollen Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze, für die wir für einen befristeten Zeitraum Lohnkostenzuschüsse zur Verfügung stellen werden, einrichten.

4. Durch ein neues Arbeitszeitgesetz werden wir die Voraussetzungen schaffen, daß Arbeit flexibel und intelligent auf mehr Schultern verteilt werden kann. Teilzeitarbeit ist ein Weg dahin, wenn sie attraktiver gestaltet wird und diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr benachteiligt werden.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird zweitens dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Schaffung wettbewerbsfähiger und humaner Arbeitsplätze stimmen.

5. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird einen Beschäftigungspakt organisieren. Der Staat muß Gewerkschaften, Arbeitgeber und Bundesbank für ein aufeinander abgestimmtes Verhalten gewinnen, um mehr umweltgerechtes Wachstum und mehr Beschäftigung zu erreichen.

6. Die SPD hat ein Konzept einer wirtschaftspolitisch vernünftigen und systematisch sauberen Strukturreform erarbeitet. Ihr Ziel ist, die einseitige Belastung der gesetzlichen Lohnnebenkosten durch die Kosten der deutschen Einheit zurückzuführen. Dies dient der Beschäftigungsförderung und der Binnennachfrage: Die Senkung dieser Kosten entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmen gleichermaßen.

7. Wir werden ein Aufbauprogramm Ost initiieren. Darunter verstehen wir unter anderem, daß Investitionen in den Städten und Gemeinden beschleunigt werden und daß endlich sanierungsfähige Unternehmen und ihre Beschäftigten eine Perspektive bekommen. Dafür werden wir gezielt Mittel zur Verfügung stellen.

8. Die Rahmenbedingungen für mehr Arbeit wollen wir außerdem durch gezielte Förderung von Existenzgründungen mittelständischer Unternehmen und steuerliche Fördermaßnahmen für private Investitionen verbessern.

9. Auch unser Wille, mehr für Forschung, Bildung und Wissenschaft zu tun, gründet auf dem Wissen, daß nur in den Ländern, die bei den umweltverträglichen Zukunftstechnologien die Nase vorn haben, die die Motivation und die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stützen und fördern, die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Wir werden eine Innovationsoffensive starten.

10. Dafür wollen wir die Menschen gewinnen. Das bedeutet auch, daß wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort stärken werden, wo dies neue Arbeitsorganisation und neue Produktions- und Informationstechnologie erfordern.

All diese Maßnahmen werden wir nach der Regierungsübernahme einleiten - für mehr Arbeit in einer sozial gerechten, modernen, ökologisch verantwortungsbewußten Gesellschaft.

(-/3. Juni 1994/rs/ks)
